

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 30. Oktober 1953

Blatt 1809

## Neue Schweineverkaufshalle in St. Marx

=====

30. Oktober (RK) Dienstag, den 3. November, um 9 Uhr vormittag, wird die von der Gemeinde Wien erbaute neue Schweineverkaufshalle auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx eröffnet.

Zufahrt: Straßenbahnlinien F und 118.

## Pferdemarkt vom 27. Oktober

=====

30. Oktober (RK) Aufgetrieben wurden 323 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 270, als Nutztiere 5, verkauft. Unverkauft blieben 48. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 4, Niederösterreich 149, Steiermark 23, Burgenland 18, Salzburg 3, Kärnten 27, Oberösterreich 99.

## Ferkelmarkt vom 28. Oktober

=====

30. Oktober (RK) Aufgebracht wurden 109 Ferkel, verkauft wurden 94. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 184 S, 6 Wochen 203 S, 7 Wochen 251 S, 8 Wochen 270 S, 10 Wochen 300 S, 12 Wochen 420 S.

Der Marktbetrieb war schwach.

Die Wiener Bevölkerung im September  
=====

30. Oktober (RK) Im September wurden von den Wiener Standesämtern 1.269 Eheschließungen, 854 Lebendgeburten und 1.736 Sterbefälle registriert. Die Zahl der Sterbefälle war im abgelaufenen Monat um 44 Fälle niedriger als im September 1952. Von je 100 Gestorbenen standen 6 im Alter unter 40 Jahren, 19 waren zwischen 40 und 60 Jahre alt und 75 haben ein Alter von 60 und mehr Jahren erreicht. Die wichtigsten Todesursachen waren: Krankheiten der Kreislauforgane mit 504 Todesfällen (29 Prozent), Krebs mit 427 Todesfällen (25 Prozent), Gehirnschlag mit 263 Todesfällen (15 Prozent), Unfälle aller Art mit 96 Todesfällen (6 Prozent) und Tuberkulose mit 50 Todesfällen (3 Prozent).

Im ersten Lebensjahr sind 39 Säuglinge gestorben, so daß das Ausmaß der Säuglingssterblichkeit (auf die letzten 12 Monate berechnet) 4.3 Prozent beträgt.

Die Zahl der zugewanderten Personen, die im Herbst anzusteigen pflegt, war bemerkenswert hoch. Es wurden im Berichtsmonat 8.205 zugewanderte Personen gemeldet, das ist die höchste Monatszahl während der letzten zwei Jahre.

Die durch Fortschreibung ermittelte Einwohnerzahl Wiens hat für anfangs September 1,759.596 Personen ergeben; davon entfielen 768.424 auf das männliche und 991.172 auf das weibliche Geschlecht.

Die Bäder zu Allerheiligen  
=====

30. Oktober (RK) Die städtischen Bäder bleiben Sonntag, den 1. November, geschlossen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

30. Oktober (RK) Der Wiener Gemeinderat trat heute vormittag unter dem Vorsitz von GR. Helene Potetz (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Von den Parteifraktionen waren folgende Anfragen und Anträge gestellt worden: von der WdU sechs Anfragen, vom Linksblock zwei Anfragen, von der ÖVP zwei Anfragen; ein Antrag kam von der WdU, sechs Anträge vom Linksblock. Ferner lag eine Anfrage des Linksblockes, "betreffend Korruptionsfälle im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung" vor; die dringliche Behandlung wurde verlangt. Bei einer Anfrage der ÖVP "betreffend die Verlängerung der Stadtbahntrasse nach Floridsdorf und Stammersdorf" wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt.

Gedenken an Gemeinderat Felix Swoboda

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte die Vorsitzende des Gemeinderates Felix Swoboda (SPÖ), der am 13. Oktober nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist. Er war, so führte GR. Potetz aus, bis zur letzten Stunde seines von Arbeitsfreudigkeit und hohem Verantwortungsgefühl erfülltem Lebens für das Wohl unseres Gemeinwesens tätig, und es erschüttert mich, ihm den Dank seiner Mitbürger erst nach seinem Tode aussprechen zu können. Die Mitglieder des Gemeinderates erhoben sich während diesen Worten zum Zeichen der Trauer und des Beileides von ihren Sitzen.

Als Ersatzmann für den Verstorbenen wurde Emil Fucik (SPÖ) in den Gemeinderat berufen und angelobt.

Als nächstes wurden neun Gemeinderäte als Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes gewählt. Die Funktionsperiode ist mit einem Jahr festgesetzt, sodaß die Wahl notwendig wurde. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurden gewählt: Paula Kratky, Leopold Mistingger, Frieda Nödl, Hubert Pfösch und Dr. Wilhelm Stemmer; auf Vorschlag der Volkspartei: Franz Doppler, Eleonora Hiltl, Matthias Kowatsch und Dr. Helene Stürzer.

Als ersten Punkt zieht der Gemeinderat den Antrag in Behandlung, in den Tagesheimstätten für alte Leute während der Betriebsperiode November 1953 bis März 1954 jedem Tagesheimstättenbesucher einmal monatlich ein Mittagessen und ein Nacht- mahl zu verabreichen und die notwendigen Verträge mit der WÖK bzw. den Gastwirten abzuschließen.

Berichterstatterin Frieda Nödl (SPÖ) erklärt hiezu, daß beabsichtigt ist, den Besuchern der Tagesheimstätten damit jeden Monat einen sorgenfreien Tag zu schaffen. Sie bittet den Gemein- derat, den hiefür noch für 1953 notwendigen Aufwand von 100.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Lauscher (LBl) drückt seine Befriedigung über diese Aktion aus, hebt aber hervor, daß der Antrag die traurige Tat- sache bestätige, daß die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien ein warmes Mittagessen und ein Nacht Mahl durchaus nicht als etwas Alltägliches ansehen können. Er stellt zwei Anträge, wonach die Unterstützung der sogenannten Mitunterstützten ab 1. November entsprechend erhöht und den Dauerbefürsorgten zu Weihnachten eine Weihnachthilfe gewährt werden soll. Schließlich bemängelt er, daß bei der Fürsorge Mittel eingespart wurden und die Mittel für diese Aktion aus Ersparungen auf einem anderen Sektor der Fürsorge aufgebracht werden sollen.

GR. Kowatsch begrüßt namens der Volkspartei jede Aktion, die irgendwie die Möglichkeit bietet, den Befürsorgten wenig- stens eine kleine Hilfe zu geben. Leider sei in diesem Fall die Behandlung aber ungleichmäßig, da von den 22.000 Befürsorgten nur zirka 4.000 bis 5.000, also kaum ein Fünftel, hier in Frage kommen. Redner beantragt, allen jenen Dauerbefürsorgten, die aus zwingenden Gründen, zum Beispiel Krankheit, Bresthaftig- keit oder Verschämtheit diese Tagesheimstätten nicht aufsuchen können, jeweils einmal im Monat einen finanziellen Zuschuß zu gewähren. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Frieda Nödl verweist in ihrem Schlußwort darauf, daß bei den Dauerbefürsorgten gegenüber dem Voranschlag deswegen Einsparungen erzielt werden konnten, weil einzelne Personen verstorben sind oder ander von der Invalidenversicherung er- faßt wurden, wodurch die Zahl von 25.000 auf 21.000 gesunken sei. Im übrigen sei schon geplant, den Mitunterstützten eine Hilfe zu gewähren.

Gegenüber dem ÖVP-Redner verweist die Berichterstatterin darauf, daß die Wohlfahrtsämter angewiesen sind, bei der Befürsorgung individuell vorzugehen und daß Sonderzulagen gegeben werden. Freilich bekommen sie die Nichtbettlägerigen nicht, weil diese in die Heimstätten gehen können. Für die Dauerbefürsorgten der Randgemeinden, die nicht in eine Tagesheimstätte gehen können, wird eine individuelle Regelung getroffen werden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen; die drei Anträge werden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert einen Antrag auf Erhöhung der für den Schulpavillon im 14. Bezirk, Hüttelbergstraße, bewilligten Kosten von 540.000 Schilling um weitere 60.000 Schilling. Bei der Vorlage des Projektes war noch nicht bekannt, daß auch für städtische Schulen Kanaleinmündungsgebühren bezahlt werden müssen, die in diesem Falle 65.000 ausmachen.

GR. Dr. Soswinski (LBl) bezeichnet den Schulpavillon als "Dorfschule", da dort in einem Schulraum mehrere Klassenzüge unterrichtet werden. Die Zahl der Schüler wäre dort so gering, da auf die Eltern eingewirkt werde, die Kinder in andere Schulen zu schicken und damit die Kinderzahl künstlich zu vermindern.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt, daß in den zwei Klassenräumen wohl vier Schulstufen unterrichtet werden. Dies sei jedoch nicht anders möglich, da derzeit 16 Schüler die 1. Klasse und nur 6 Schüler die 2. Klasse besuchen. Es wäre unverantwortlich, für 6 Schüler eine eigene Klasse mit eigenem Lehrer zu führen. Die dritte Klasse umfaßt derzeit 12 Schüler und die vierte Klasse zwanzig. Die sogenannte erste Klasse, die aus der ersten und zweiten Schulstufe besteht, umfaßt somit trotz der Zusammenziehung nur 22, die andere Klasse 32 Schüler. Er müsse auch feststellen, daß die Eltern nicht abgehalten, sondern vielmehr aufgefordert werden mußten, die Kinder in den Schulpavillon zu schicken. Dies geschah bereits zu einem Zeitpunkt in dem die Klassen noch getrennt waren. Zur Bezeichnung "Dorfschule" ist zu sagen, daß es in Wien ungefähr fünfzig Schulen mit ländlichen Schulverhältnissen gibt. Wenn in diesen Gebieten die Kinderzahl anwächst, wird man auch diese Schulen erweitern.

GR. Jodlbauer richtet die Frage an GR. Dr. Soswinski, ob er davon überzeugt ist, daß es überall in der Welt eine solche Verwaltung gibt, die schon bei einer derartigen Schülerzahl wie in diesem Schulpavillon überhaupt einen solchen baut. Unsere

Verwaltung, die erkannt hat, daß dieses Siedlungsgebiet dichter wird, hat nicht erst gewartet bis die Kinder da sind und es ein Schulproblem gibt, sondern sie hat bereits vorgesorgt und einen Schulpavillon gebaut.

#### Eine neue städtische Schule in Kagran

Als nächsten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtrat Thaller (SPÖ) einen Antrag auf Errichtung einer neuen Schule in Kagran. Dieser Schulbau soll eine Volks- und eine Hauptschule umfassen und außer den vorgesehenen 14 Klassen alle notwendigen Nebenräume, Turnsaal, Physiksaal, Musikzimmer, zwei Schulwartwohnungen, einen Pausenhof, Freiluftklassen, Spielwiesen usw. enthalten. Die Schule ist so geplant, daß sie im Notfalle um weitere sechs Klassen vergrößert werden kann. Es wurden bereits im heurigen Budget 4 Millionen Schilling für diesen Bau eingesetzt, die heuer jedoch leider nicht mehr zur Gnze verbaut werden können, da sich die Planerstellung etwas verzögert hat. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 8,4 Millionen Schilling. Das ergibt einen Durchschnitt von 600.000 Schilling pro Klasse.

GR. Hausner (LBl) bezeichnet diesen Schulneubau als längst fällig und auch unzureichend, da in diesem Gebiet, wie überhaupt im 22. Bezirk, die Schulraumnot besonders groß ist. Es gibt dort Klassen, in denen bis zu 38 Kinder unterrichtet werden. Er verweist darauf, daß in diesem Bezirk vor zwei Jahren eine Schule nach den modernsten Gesichtspunkten mit Spezialunterrichtssälen errichtet wurde, diese Säle jedoch nicht bestimmungsgemäß verwendet werden können, da sie in Ermangelung von Klassenzimmern für den Normalunterricht gebraucht werden.

Stadtrat Thaller erklärt, daß es in Wien nach 1945 sehr dringende Schulprobleme gegeben hat, von denen die Gemeindeverwaltung unter großen Opfern schon die meisten gelöst hat. Auch die Schulraumnot im 22. Bezirk wird behoben werden. Derzeit werden in Essling einige Klassen dazu gebaut. In Aspern wurde von der Besatzungsmacht ein Schulgebäude freigegeben, das jedoch erst wieder gründlich instandgesetzt werden muß. Viele Wiener Schulen werden aber in den nächsten Jahren nicht mehr gebraucht werden. Eine ganze Reihe wurde bereits für andere Zwecke adaptiert. Eine große Zahl überalteter Schulen

wird in den nächsten fünf Jahren aufgelassen, und in den nächsten zehn Jahren werden - wenn sich die Kinderzahl nicht erhöht, nur mehr die modernen Schulen verwendet werden. Wechselunterricht wird es in den nächsten Jahren keinen mehr geben. Stadtrat Thaller stellt fest, daß auf dem Gebiete der Wiederherstellung und des Neubaus von Schulen das menschenmöglichste geleistet wurde. Die Stadt Wien hat für Schulzwecke, für den Wiederaufbau der zerstörten Schulen, für den Neubau und für die Instandsetzung von Schulen bisher mehr als eine halbe Milliarde Schilling ausgegeben. Das ist ein wahrlich großer Betrag. Alle wirklichen Bedürfnisse auf dem Gebiete des Schulwesens werden von der Stadtverwaltung in Ordnung gebracht werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Loibl (SPÖ) referiert über den Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Schwedenplatz. Die alte Anstalt soll bei der Umgestaltung des Schwedenplatzes durch eine neue ersetzt werden. Während der Bauzeit bleibt jedoch die alte Anlage noch bestehen. Die Baukosten betragen 400.000 Schilling.

Dipl.Ing. Haider (WdU) verlangte in der Debatte die Modernisierung der verschiedenen über unsere Stadt verstreuten Anstalten in der Art, wie jene auf dem Schwedenplatz.

GR. Loibl sagt in seinem Schlußwort, daß die Gemeinde dort, wo bei grundlegenden Veränderungen die Möglichkeit besteht, wie eben auf dem Schwedenplatz, solche Anstalten umbaut.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Errichtung der unterirdischen Bedürfnisanstalt einstimmig angenommen.

GR. Dr.Ing. Hengl übernimmt den Vorsitz.

GR. Pleyl (SPÖ) referiert über die Anschaffung von 15 modernen Mehrzweckfahrzeugen, als Ersatz für 15 alte Sprengwagen der Straßenpflege. Die neuen Wagen, die 4 Millionen Schilling kosten werden, können nicht nur als Sprengwagen, sondern auch als Lastwagen, als Schneepflüge und zum Sandstreuen verwendet werden.

In der Debatte begrüßt GR. Dr. Altmann (LBl), daß diese überalterten Wagen durch neue ersetzt werden. Er benützt jedoch die Gelegenheit zu einer Kritik an einer Anfragebeantwortung. Der Linksblock hatte seinerzeit eine Anfrage wegen der Staubplage in den Straßen besonders der Randgebiete eingebracht. In der Beantwortung hieß es, daß die Gemeinde ohnehin über 15 motorisierte Sprengwagen verfüge. Nun wird bekannt, daß diese

Wagen schon längst überaltert sind. Der Redner bezeichnet diese Vorgangsweise als nicht korrekt und wendet sich in diesem Zusammenhang im allgemeinen gegen die Art, wie Anfragen beantwortet werden.

GR. Kammermayer (ÖVP) begrüßt gleichfalls im Namen seiner Fraktion die Neuanschaffungen der Straßenpflege. Die ÖVP sei grundsätzlich für eine Modernisierung, umso mehr, als es noch Wagen gibt, die für hundert Kilometer nicht weniger als hundert Liter Benzin verbrauchen. Der Redner wendet sich jedoch dagegen, daß auch der Fuhrpark an Lastfahrzeugen erneuert werden soll und meint, daß die Gemeinde sich auf ihr eigenes Gebiet beschränken möge. Sie solle nicht Transporte durchführen, die das private Gewerbe immer gemacht hat. Hier sollte darangegangen werden, den versprochenen Abbau durchzuführen. Die Gemeinde Wien ist der größte Hausherr und der größte Landwirt, sie muß ja nicht auch der größte Fuhrwerker sein.

GR. Pleyl sagt in seinem Schlußwort, mit den neuen Spezialfahrzeugen wurde ein bescheidener Anfang gemacht und er hoffe, daß noch einiges auf diesem Gebiet getan werde. Die Beschwerde von GR. Dr. Altmann wird wohl der zuständige Stadtrat bei Gelegenheit beantworten. Zu den Ausführungen von GR. Kammermayer sagt er, daß die Gemeindeverwaltung ihren Fuhrpark schon wesentlich verringert habe. 1946 waren 1.611 Personen im Fuhrwerksbetrieb angestellt, 1953 nur mehr 830 Personen; von den 1.600 Wagen, über die die Gemeinde 1946 verfügte, sind bereits so viele verkauft worden, daß die Gemeinde 1953 nur mehr 525 Wagen besitzt, also ein Drittel des damaligen Standes.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

#### Wiener Gas für Klosterneuburg

Über den Antrag auf Bewilligung eines Sachkredites für eine Rohrlegung der Wiener Gaswerke in Klosterneuburg von der Leopoldsbrücke bis zum Kammerjoch, berichtet Stadtrat Dkfm. Nathschlager (ÖVP).

GR. Mazur (ÖVP) hebt hervor, daß damit ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung von Klosterneuburg in Erfüllung geht und die dortigen Installateure auf Monate hinaus mit Aufträgen versorgt sind. Er spricht die Hoffnung aus, daß dieses Beispiel



Schule machen wird und noch große Gebiete angeschlossen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß auch die übrigen Stadtgebiete von Klosterneuburg in einem Mehrjahresprogramm angeschlossen werden sollen. Auch andere Gebiete, wie Gablitz, Tullnerbach, Preßbaum usw. sollen in späterer Zeit Wiener Gas erhalten. Der Referent verweist darauf, daß die im Jahre 1949 wieder ins Leben gerufene Wiener Gaskommune ständig steigende Umsätze zu verzeichnen hat und bis Oktober 1953 im Wege dieser Gemeinschaft für nicht weniger als 90 Millionen Schilling Geräte für die Wiener Hausfrauen angeschafft wurden. Da für die Gewährung von zinsfreien Darlehen für Einrichtung von Badezimmeranlagen in Gemeindebauten monatlich nur 20 Anmeldungen vorlagen, wurde diese Aktion auch auf private Haushalte ausgedehnt. Im August erfolgten 175 Anmeldungen, im September 190 und allein in der ersten Hälfte Oktober 150. Die Installateure können den Arbeiten kaum nachkommen.

Bei der Abstimmung wird die Rohrlegung genehmigt.

#### Promenadenwege an der Alten Donau

Über die Abänderung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet der Alten Donau berichtet GR. Wiedermann, der ankündigt, daß neben dem Wasser Promenadenwege sowie Liege- und Lagerwiesen für die Bevölkerung geschaffen werden sollen. Die vorhandenen Kleingärten sollen in ein bestimmtes Gebiet zusammengefaßt und ein kleiner Streifen als Bauland bereitgestellt werden.

GR. Dr. Altmann hebt die Notwendigkeit der Sanierung dieses Gebietes hervor, da mit Ausnahme des einigermaßen zeitgemäß ausgestatteten Gänsehüfels die anderen Teile der Alten Donau von Jahr zu Jahr mehr verwahrlosen. Insbesondere treffe dies für das Mühlenschüttel zu, dessen Bewohnern, die unter unerträglichen Wohnverhältnissen leiden, neue Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch dürften den Kleingartenbesitzern die Gärten nicht einfach weggenommen werden, sondern es müßte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich in nicht allzugroßer Entfernung wieder Kleingärten zu schaffen.

Die Gemeindeverwaltung müsse sich aber auch mit den Fragen

des sinkenden Wasserstandes und den Verkehrsverhältnissen beschäftigen und bis zum Zeitpunkt der Errichtung einer Schnellbahn oder von Autobusverbindungen den Straßenbahnverkehr verbessern.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

GR. Maller begründet hierauf die Dringlichkeit der vom Linksblock eingebrachten Anfrage, betreffend "Korruptionsfälle im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und in der Niederösterreichischen Landesregierung". Er meint, daß solche Ankündigungen über Korruptionsfälle, wie sie Stadtrat Thaller in einer Sitzung des Bauausschusses vorbrachte, offensichtlich nur den Zweck verfolgen, die Österreichische Volkspartei zu warnen. Er fragt an, ob er bereit sei, seine Mitteilung in der Öffentlichkeit und somit dem Staatsanwalt bekanntzugeben.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

#### Debatte über Stadtbahn nach Floridsdorf und Stammersdorf

Hierauf begründet GR. Ing. Rieger die Dringlichkeit der Anfrage, betreffend die Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Floridsdorf und Stammersdorf. In der Anfrage wird ausgeführt, daß der derzeitige Wiederaufbau der Stadtbahnstation Heiligenstadt auf eine baldige Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf keine Rücksicht nehme, sodaß es den Anschein habe, als ob die Verwirklichung der unbedingt notwendigen und dringlichen Verlängerung dieser Verkehrsverbindung nach Floridsdorf und Stammersdorf auf lange Sicht hinausgeschoben würde.

Nach den Ausführungen des GR. Ing. Rieger wurde der Anfrage die Dringlichkeit zuerkannt. In der folgenden Debatte kommt Ing. Rieger auf die Entwicklung der Bevölkerungsdichte am jenseitigen Donauufer zu sprechen. So hatte Floridsdorf einschließlich dem heutigen Bezirk Donaustadt im Jahre 1900 53.700 Einwohner; heute sind es ausschließlich Donaustadt 106.500. Die Einwohnerzahl ist damit in den letzten Jahrzehnten unerhört gestiegen. Darüber hinaus wurde durch die Stadtplanung festgestellt, daß in diesem Gebiet Tochterstädte entstehen sollen und ein Großteil der Industrie gleichfalls dort angesiedelt werden soll. Die Verkehrsverhältnisse bedürfen daher einer eingehenden Überprüfung und Änderung. Es wurden

zum Beispiel im Jahre 1928 insgesamt an einem Tag 56.000 Fahrgäste in beiden Richtungen befördert und 1953 sind es ungefähr 86.000 bis 90.000 im Tag. Nach den statistischen Unterlagen der Verkehrsbetriebe gelangt man aber zur Überzeugung, daß eine Verdichtung des Straßenbahnverkehrs über die Floridsdorfer Brücke nicht möglich ist. Es fahren zwischen 6 und 8 Uhr früh auf der Linie 31 und den Zusatzlinien über die Floridsdorfer Brücke in der Stunde 65 bis 70 Wagenzüge. Es kommt dadurch häufig zu Verkehrsstockungen. Auch die zusätzliche Einrichtung einer Autobuslinie konnte diesen verheerenden Zustand nicht ändern. Der Redner erklärt, daß eine grundlegende Lösung dieser Verkehrsfrage nicht auf dem Straßenbahnsektor, sondern auf dem Stadtbahnsektor im Zuge der Nordwestbahnbrücke möglich ist. Der Stadtrat und die Direktion der Verkehrsbetriebe hätten diese Situation zum Anlaß genommen, um durch die Möglichkeit der Einbeziehung der Nordwestbahntrasse eine Verbilligung des Projektes zu erreichen. Diesbezügliche Verhandlungen mit der Bundesbahn haben bereits stattgefunden. Die Bundesbahn hätte sich bereit erklärt, gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben dieses Projekt zu bearbeiten. Der Redner erklärt, es sei die Aufgabe eines verantwortungsbewußten Gemeinderates, vor allem die Gebiete, die praktisch nur dem Namen nach, aber nie nach den Verkehrsbedingungen zu Wien gehören, endlich mit einer Schnellbahnverbindung an Wien anzuschließen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger erklärt, daß die Behandlung dieser Anfrage nicht nur für die Bevölkerung von Floridsdorf, sondern auch für die angrenzenden Gebiete, ja für ganz Wien, von Wichtigkeit ist. Im Jänner dieses Jahres wurden außerhalb dieses Budgets für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Linien nach Heiligenstadt die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, wobei die Finanzierung durch zusätzliche Mittelbeistellung seitens der Wiener Stadtwerke zur Gänze gesichert werden konnte. Bei Besprechungen mit den Bundesbahnen erklärten sich diese zu einer teilweisen Abtretung des Bundesbahnhofes Heiligenstadt bereit. Gleichzeitig würden sie die Nordwestbahnbrücke gegen eine entsprechende Entschädigung abtreten. Bei einer späteren Besprechung legten die Bundesbahnen bereits einen Entwurf für die Neuanlagen des Heiligenstädter Bahnhofes vor, wobei den Verkehrsbetrieben von vornherein an Stelle eines

Schleifenprovisoriums eine Anlage mit vier Wendestumpfgleisen mit zwei Perrons innerhalb des Bahnhofes vorgeschlagen wurde. Diese Lösung könnte als Definitivum betrachtet werden und würde dadurch bedeutende Ersparnisse mit sich bringen. Von den gesamten Umbaukosten würden auf die Verkehrsbetriebe jedoch lediglich 4,5 Millionen Schilling entfallen. Die Eigenkosten eines Definitivums in Heiligenstadt hätten den Verkehrsbetrieben 13,4 Millionen Schilling gekostet, das ergibt also 17,9 Millionen Schilling. Wenn man davon die Kosten eines Provisoriums, und zwar inklusive einer Kreuzung am Bahnhof Heiligenstadt von 8,1 Millionen Schilling abzieht, hätten sich Mehrkosten von 9,8 Millionen Schilling ergeben. Wenn das Definitivum unterbleibt, dann wird bei einer späteren Durchführung der direkte Aufwand des Provisoriums 4,1 Millionen Schilling betragen, der Aufwand für Erhaltung und Sicherung der jetzigen Anlagen 8,4 Millionen. Es werden dadurch bei der Nichtausführung dieses Definitivums 12,5 Millionen in späteren Jahren illusorisch, weil ja doch in gewisser Zukunft dieses Projekt aktuell wird, dann aber auch die bisherigen Aufwendungen für ein Provisorium nutzlos ausgegeben werden würden. Für den erwähnten Bundesbahnaufwand von 8,4 Millionen Schilling verlangten diese ein zinsenloses Darlehen auf zehn Jahre. In einer Besprechung mit Stadtrat Resch konnte volle Übereinstimmung darüber erzielt werden, daß das Projekt eines Definitivums auszuführen sei, wobei lediglich das gewünschte Darlehen nicht zinsenlos gewährt werden sollte. Es wurde im übrigen vereinbart, daß die Verhandlungen so geführt werden sollen, daß ein gemeinsames großes Projekt nicht vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt wird. Bei späteren Besprechungen erklärte jedoch Stadtrat Resch, daß er von der Idee eines Definitivums abgerückt sei und die Durchführung eines Provisoriums empfehlen müsse. Dies vor allem auch aus dem Grunde, daß man nicht schon jetzt Vorkehrungen dafür treffen solle, was in zehn oder zwanzig Jahren zu geschehen hätte. In einer außerordentlichen Stadtsenatssitzung im Juli ds. J. hätte der Redner Gelegenheit gehabt, zu dem gesamten Problem Stellung zu nehmen. Bei dieser Sitzung konnte jedoch leider nicht erreicht werden, daß sich die Rathausmehrheit doch zu einem Definitivum entschließt, womit zumindest im damaligen Zeitpunkt das Projekt einer Verlängerung der Stadtbahn für die nächste Zukunft als gefallen zu betrachten war.

Eine Intensivierung des Verkehrs über die Floridsdorfer Brücke ist zwar theoretisch noch möglich, läßt sich jedoch in der Praxis wegen der Kreuzungen und Verkehrsenge nicht mehr durchführen. Abhilfe ist daher dringend notwendig. Bei Testzählungen wurde zum Beispiel folgendes festgestellt: in der Zeit zwischen 17.10 und 18.10 Uhr wurden am 24. August 1953 auf der Floridsdorfer Brücke in der Richtung zur Stadt 839 Fahrzeuge gezählt, von der Stadt 875 Fahrzeuge; in der Zeit zwischen 6.10 und 7.10 Uhr zur Stadt 919 und von der Stadt 735 Fahrzeuge. Wie in allen übrigen Stadtteilen ist auch im Verkehr nach Floridsdorf eine deutliche verstärkte Tendenz festzustellen. Je günstiger jedoch Floridsdorf mit der Stadt verkehrsmäßig verbunden wird, desto weniger wird die Zäsur des Donautales das Wachstum dieses Stadtteiles hemmen. Im Raum Jedlersdorf, Strebersdorf und Stammersdorf ist eine Gartenstadt mit 30.000 Einwohnern vorgesehen. Wenn dieser Satellit erst in etwa 20 Jahren erstehen soll, sagte der Stadtrat, bin ich demgegenüber der Überzeugung, daß die Entwicklung bedeutend schneller vor sich gehen wird, als man allgemein annimmt. Die künftige Schnellbahn wird aber nicht nur durch Siedlungsgebiet, sondern auch durch Industriegebiet geführt werden. Die Fortführung der Stadtbahn nach Floridsdorf und Stammersdorf ist ja überhaupt nur ein Teil des großen Projektes der Stadtplanung, das auch den Ausbau der Stadtbahn nach Süden bis zum Meidlinger Südbahnhof vorsieht.

Das Definitivum in Heiligenstadt ist aber noch aus einem anderen Grund aktuell, weil der Stadtbahnverkehr in Zukunft auf vierachsige Schnellbahnwagen umgestellt werden soll, für die ein Umkehren in der engen Schleife sowohl in Heiligenstadt als auch in Hütteldorf nicht möglich ist. Das Projekt der Verlängerung wurde sowohl von der vom Gemeinderat eingesetzten Verkehrsplanungskommission, als auch von der großen Kommission für Stadtplanung gutgeheißen und dem Gemeinderat zur Annahme empfohlen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigte sich sodann mit den verschiedenen Gegenargumenten. So wird gesagt, daß sich die jährlichen Mehrkosten im Betrieb auf 800.000 Schilling belaufen, und zwar wegen der zusätzlichen Bezahlung des Fahrpersonals bei Umkehren im Stockgeleise. Andererseits aber tritt bei einer Schleifenanlage eine starke Abnutzung der Gleise ein, die sich ebenfalls wesentlich auswirkt.

An Stelle einer Schnellbahn sollen zusätzliche Autobuslinien geschaffen werden. - Auch diese Ansicht ist falsch, denn der Wagenkilometer kostet auf der Stadtbahn nur 3.80 Schilling, auf der Straßenbahn 6 Schilling, auf dem Autobus aber 8.40 Schilling.

Man sagt, der Verkehr auf der Nordbahn wird wieder aufgenommen werden. Die Bundesbahnen beabsichtigen jedoch nur in der Früh und am Abend einige Arbeiterzüge zu führen, die bestenfalls 6.000 Personen befördern können, bei einer Frequenz von 100.000 Fahrgästen in beiden Richtungen.

Nur ein Bezirksteil hätte etwas von dieser Verlängerung. - Dazu ist zu bemerken, daß es sich immerhin um zehntausende Menschen handelt, im übrigen betrifft die Verlängerung nicht nur Floridsdorf, sondern auch die angrenzenden Gebiete. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien zum Beispiel, die wir selbstverständlich unterstützen, kommt einem wesentlich geringeren Teil der Bevölkerung zugute.

Die Schnellbahn wird durch ein gering verbautes Gebiet führen. - Gerade das ist ein Vorteil, da die Führung einer Schnellbahn durch bereits verbautes Gebiet unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich bringt.

Die Verwirklichung des Projektes soll der nächsten Generation überlassen bleiben. - Fragen Sie aber die Leute, ob sie sich den Verkehr über die Floridsdorfer Brücke weiter so wünschen. Man kann ihnen nicht klar machen, daß sie noch 10 oder 20 Jahre oder länger warten sollen.

Wir brauchen für eine Entwicklung, die erst in etwa 20 Jahren eintrifft, nicht vorsorgen. - Aber Satellitenstädte und Industrieanlagen entstehen nicht auf einmal, sondern allmählich.

Man kann nicht gleichzeitig den Fahrpark erneuern und zusätzliche Linien bauen. - Beides ist aber im gleichen Zeitpunkt leider unbedingt erforderlich. Wir werden die Erneuerung des Fahrparkes weiter aus den laufenden Einnahmen decken können.

Für zusätzliche Netzerweiterungen werden wir aber das Geld durch Kreditoperationen oder Anleihen nehmen müssen. Ich glaube, sagte Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß die jetzige gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht abreißen wird. Dadurch werden wir auch die Möglichkeit haben, die Mittel für die Verlängerung der Stadtbahn aufzubringen. Ich hoffe, daß ich diese Mittel im Lande erhalten werde. Aber auch das Ausland interessiert sich dafür stark. (StR. Resch: Sie wissen mehr als alle anderen!) Die Zukunft wird ja erweisen, ob meine Prognosen richtig sind oder nicht. Es gibt für einen verantwortungsbewußten Volksvertreter in dieser Stadt nur eine Verpflichtung: sich dieses Projektes anzunehmen! Redner ist der Meinung, daß es in dieser Stadt eine Reihe vordringlicher Probleme gibt, unter denen aber auf keinem Fall die bisher vernachlässigten Verkehrsprobleme zurückstehen dürfen. Ich werde daher auch weiterhin mit allen Mitteln für die Verlängerung der Stadtbahn eintreten. Für jede Verzögerung lehne ich die Verantwortung ab. Ich bin aber bereit, neuerlich eine Prüfung dieses Projektes in die Wege zu leiten. Am Ende dieser Prüfung kann jedoch auch im Sinne des Achtpunkteprogrammes der Stadtplanung nur eine positive Lösung stehen.

Abschließend sagte StR. Dkfm. Nathschläger: Ich betrachte die Angelegenheit ausschließlich als eine sachliche, und würde vielmals bitten, nicht daraus eine politische Angelegenheit zu machen. Das braucht die Wiener Bevölkerung nicht. Was die Floridsdorfer wollen, ist eine ordentliche Verkehrsbedienung. Ich bitte ebenso sachlich und objektiv an dieses Problem heranzugehen und es im Interesse der Bevölkerung zu lösen! (Beifall bei der ÖVP).

In seiner Erwiderung erklärt StR. Thaller (SPÖ), daß sich niemand der Tatsache verschließt, den Verkehr nach Floridsdorf in Ordnung zu bringen, und im Wahlprogramm der SPÖ 1949 stand auch der Wiederaufbau der Stadtbahnlinie nach Heiligenstadt. Im Verfolg dieser Initiative wurde ab 1950 diese Frage in die Budgetverhandlungen aufgenommen, es mußten aber leider die Beträge immer wieder gesperrt werden. Es stimmt nicht, wie Stadtrat Nathschläger behauptete, daß die Verhandlungen mit den Bundesbahnen abgeschlossen sind, sondern es haben lediglich Vorverhandlungen stattgefunden. Diese Verhandlungen bezweckten

die Übergabe der Nordwestbahnbrücke an die Gemeinde, damit dort die projektierte Linie der Stadtbahn nach Stammersdorf geführt werden kann. Nun ist aber diese Brücke entweder abbruchreif oder müßte mit großen Kosten wiederhergestellt werden. Die Gemeinde würde daher einen sehr schlechten Tausch machen. Um die Stadtbahn von Heiligenstadt nach Floridsdorf oder Stammersdorf zu führen, müßte auch eine Donaukanalbrücke gebaut werden. Deren Bau und die Wiederherstellung der Nordwestbahnbrücke würden etwa 24 Millionen Schilling kosten - ohne die Kosten, die die Wiederherstellung der Nordbahnbrücke erfordern würde. Dazu käme eine Reihe von Grundstückeinlösungen usw., sodaß das ganze Vorhaben auf etwa 50 Millionen geschätzt wird.

Die Führung dieser Trasse, die Verlängerung der Stadtbahn nach Stammersdorf ist absolut nicht dringend, denn sie führt nicht in den Kern des 21. Bezirkes, sondern geht fast einen Kilometer nordwestlich von dem wirklich besiedelten Bezirksteil vorbei und führt durch derzeit fast unverbautes Gebiet. Wird jemand, so fragt der Redner, der nur ein paar Schritte zu einer bestehenden Straßenbahnlinie zu gehen hat, einen Kilometer zur Schnellbahnlinie gehen? Niemand! Vor allem bei der Mentalität unserer Wiener Bevölkerung wird das niemandem einfallen.

Die Kosten der Linie Heiligenstadt-Stammersdorf würden ungefähr 350 Millionen Schilling ausmachen, die Betriebskosten würden 9 Millionen jährlich betragen - und das ohne jedes Äquivalent, denn die Verkehrsbetriebe würden ja keine neuen Fahrgäste bekommen. Könnten wir diesen Betrag von 350 Millionen aufbringen, dann müßte er für dringendere Verbesserungen unserer Verkehrsbetriebe verwendet werden. Um diesen Betrag könnten etwa 140 Großraumzüge angeschafft werden. Der Gesamtbedarf ist sogar 200 Stück. Und diese würden der Gesamtbevölkerung und nicht nur einem Teil nützen. Müßten wir diesen Betrag aus unserem Budget abzweigen, dann könnten wir zweieinhalb Jahre lang keine weiteren Investitionen bei der Straßenbahn vornehmen, was einem völligen Zusammenbruch gleichkäme. Wir müßten am Ende feststellen: Operation gelungen, Patient gestorben!

Der Verkehr auf der Nordbahn hat seinerzeit eine große



Entlastung für den Spitzenverkehr nach Floridsdorf gebracht, und wenn der Verkehr auf der Nordbahnbrücke in Ordnung sein wird, kann das für Floridsdorf eine außerordentliche Erleichterung schaffen.

Der derzeit projektierte Wiederaufbau von Heiligenstadt kostet 4 Millionen Schilling, eine Trasse der Schnellbahn nach Stammersdorf würde aber 19 Millionen kosten. Der Betrieb würde aber auch wesentliche Mehrkosten verursachen, rund eine Million.

Zur Frage der Satellitenstädte erklärt Stadtrat Thaller, daß die Planung darauf gerichtet ist, zuerst den Satelliten Süd und nicht den Satelliten Nord zu bauen, sodaß zunächst die Verlängerung der Stadtbahn vom Margaretengürtel zum Meidlinger Südbahnhof geplant werden muß. Es wird aber vorgesorgt, daß das Gelände für eine Trasse nicht verbaut wird. Daher werden nun die Flächenwidmungen für Stammeredorf, Groß-Jedlersdorf und Strebersdorf umgestaltet und Bauland, das nicht in Anspruch genommen wurde, wieder in Verkehrsland umgewandelt. Auch unsere Planung auf dem Gebiete des Wohnbaues wird immer mehr vom Norden nach dem Westen und Süden verlagert, weil wir dort das gesündere und natürlichere Siedlungsgebiet unserer Wiener finden.

Wenn man an den Ausbau des Verkehrs nach dem 21. Bezirk denkt, dann muß dieser in das Herz des Bezirkes gehen. Dazu muß eine neue Strombrücke gebaut werden, etwa in der Mitte zwischen der Floridsdorfer- und der Reichsbrücke. Diese Brücke müßte dann nicht nur für den Stadtbahnverkehr, sondern auch für den Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr gebaut werden.

Aus den angeführten Gründen sind wir für das in Ausführung stehende Projekt und gegen Projekte, die vor allem von Fachleuten als nicht notwendig abgelehnt werden, und die vielleicht erst in ferner Zukunft eine Notwendigkeit werden können. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger meldet sich nochmals zum Wort und setzt sich mit den Ausführungen von Stadtrat Thaller auseinander. Er erklärt, daß das Programm zur Wiederherstellung der Linie nach Heiligenstadt nicht auf das sozialistische Wahlprogramm, sondern auf die Initiative der ÖVP zurückzuführen ist.

Die Kosten von 350 Millionen - in denen übrigens 60 Millionen für einen zusätzlichen Wagenpark enthalten sind - können selbstverständlich niemals aus dem laufenden Budget aufgebracht werden, sondern müssen durch Kreditoperationen gedeckt werden.

Im übrigen muß bei der Anschaffung von **Großraumzügen** mit der Leistungsfähigkeit unserer Industrie gerechnet werden, die nicht einmal das jetzige Programm zu erfüllen in der Lage ist, geschweige denn ein vergrößertes.

Wir müssen gerade für den Spitzen- und Stoßverkehr Vorsorge treffen, weil man nicht verantworten kann, daß die Menschen auf den Trittbrettern hängen oder zurückbleiben müssen.

Wir müssen alles hintanstellen, was uns in dieser wichtigen Frage entzweit, und ich hoffe trotz allem, daß diese Verbindung nach Stammersdorf, bzw. Floridsdorf in nächster Zukunft in Angriff genommen werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) meint, daß gerade die abgeführte Debatte den Beweis dafür erbringe, wie wenig vorlagereif das ganze Projekt noch ist. Er erklärt, es müsse noch viel und eingehend beraten werden, wenn man zu einer wirklichen Lösung, die man verantworten kann, kommen will. Es dürfte jedoch aus dieser Angelegenheit kein Politikum gemacht werden, das der Sache wenig nützen würde. Seine Fraktion gibt zu überlegen, ob es sinnvoll ist, wenn ein **verantwortlicher** Stadtrat sich eine solche Anfrage bestellt, um sie hier behandeln zu können (erregte Zwischenrufe bei der ÖVP). Ein Stadtrat, der mitverantwortlich ist, weiß ja genau, daß man nicht mit Dingen kommen kann, die noch nicht zur Verhandlung reif sind. Was die sozialistische Fraktion wirklich bedauert, ist, daß die Auseinandersetzungen sich weit von dem entfernen, was man als eine loyale Zusammenarbeit bezeichnen kann. Der Bericht Stadtrat Dkfm. Nathschlägers sei nicht geeignet, in dieser Form und heute hier zur Kenntnis genommen zu werden. Man wird über diese Frage reden und zu einer Lösung kommen müssen. Die Sozialistische Fraktion stellt daher den Antrag, daß die Beantwortung der dringlichen Anfrage der ÖVP durch den Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XI nicht die Zustimmung des Gemeinderates findet. Der Redner erklärt, dies solle jedoch späteren Auseinandersetzungen nicht vorgreifen, aber er glaubt andererseits, daß man sich heute in dieser Frage in keiner Weise festlegen kann.

GR. Dr. Altmann (LBI) bezeichnet die Anfrage als Wahlmanöver.

In einem jedoch sei man sich einig, daß es notwendig ist, die Verkehrsverhältnisse von und nach diesen Gebieten über die Donau wesentlich zu verbessern. Er glaubt, daß genügend Geldmittel vorhanden wären, um einigen dieser Schwierigkeiten entgegenzutreten. Es müßten bei den heftigen Planungen jedoch spätere Projekte Berücksichtigung finden. Er bezeichnet es als nicht unbedingt notwendig, daß die Stadt Wien den Wiederaufbau der Nordbahnbrücke übernehme. Es gab ja bis zum Jahre 1945 zwischen Wien und Floridsdorf und darüber hinaus in Teile des Marchfelds, die auch zum Siedlungsgebiet von Wien gehören und in denen Wiener arbeiten, eine Bahnverbindung. Die Bundesbahnen könnten endlich darangehen, diese seit acht Jahren zerstörte Brücke und jene Trasse der Nordbahn vom Nordbahnhof oder Praterstern nach Floridsdorf wieder aufzubauen. Ich glaube, sagte der Redner, daß die Stadt Wien den Bau der Nordbahnbrücke und der Trasse der Nordbahn verlangen soll. Daneben müßte man darangehen, ein ernstes Projekt für die Lösung der Wiener Verkehrsprobleme auszuarbeiten, wozu auch die Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf gehört. Diese Gesamtlösung kann nur der Bau einer wirklichen Schnellbahn und einer Untergrundbahn sein.

GR. Ing. Rieger (ÖVP) verteidigte nochmals die Anfrage seiner Fraktion. Es wurde so dargestellt, sagte er, als wäre die Anfrage aus wahlpolitischen Momenten eingebracht worden. Demgegenüber stellte der Redner fest, daß die Arbeiten am Bahnhof Heiligenstadt beginnen. Seine Fraktion sei der Meinung, daß die Lösung gefunden werden muß, die für die Weiterführung der Stadtbahn die beste ist. Es ließen sich also durch eine rasche Entscheidung wesentliche Gelder für die Wiener Stadtwerke retten. Das sei allein der Anlaß, warum die Volkspartei diese Frage im Gemeinderat aufgerollt habe. Die ÖVP habe schon einmal bei der Frage der Krebsuntersuchungsstellen recht behalten. (Stadtrat Resch: Gehen Sie damit in den Ausschuß!) Wir werden uns von der Mehrheit nicht vorschreiben lassen, in welcher Art und Weise wir unsere Politik im Rathaus führen! (Beifall bei ÖVP.)

Die ÖVP will hier eine Tat setzen, die in kürzester Zeit die Möglichkeit gibt, dieses große Projekt durchzuführen. Machen Sie, rief der Redner, eine Volksbefragung, ob nicht die gesamte Bevölkerung den Ausbau einer Schnellbahn begrüßen würde? (Beifall bei der ÖVP. StR.Resch: Oder Verbesserungen in ganz Wien!) Diese Verbesserungen in ganz Wien werden aus den laufenden Einnahmen der Stadtwerke zu decken sein, wie StR.Nathschläger dargelegt hat. Wenn die Sozialisten aber heute sagen, daß solche Projekte, wie die Verlängerung der Stadtbahn nur aus den laufenden Einnahmen durchgeführt werden dürfen, dann wird man in Wien nie zu einer großzügigen Lösung kommen. Abschließend stellte der Redner den Antrag, den Bericht von StR.Dkfm.Nathschläger über die Weiterführung einer Schnellbahn von Heiligenstadt nach Floridsdorf und Stammersdorf zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag von GR.Dr.Stemmer mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag von GR.Rieger gegen die Stimmen der ÖVP und der WdU abgelehnt.

#### 945 neue Gemeindewohnungen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Entwürfe und Kosten für vier neue städtische Wohnhausanlagen und der Umbau von zwei nicht mehr gebrauchten Schulen in Wohnhäuser. Diese Projekte umfassen insgesamt 945 neue Wohnungen, die rund 80 Millionen Schilling kosten werden.

Für die Erneuerung veralteter Heizanlagen in zahlreichen Wiener Krankenanstalten wird die Gemeinde Wien 24,5 Millionen Schilling ausgeben. Von der im Krieg schwer beschädigten Uferböschung des Vorhafens Freudenau wird während des Winters das letzte Stück instandgesetzt.

## Allerheiligenverkehr

=====

30. Oktober (RK) Am Sonntag, dem 1. November (Allerheiligen), werden zusätzlich zu dem wie alljährlich zum Zentralfriedhof geführten verstärkten Straßenbahnverkehr die Autobus-Schnellverkehrslinien "Schottenring - Zentralfriedhof IV. Tor", "Hietzinger Brücke - Hietzinger Friedhof" und "Gersthofer Straße, Wallrissstraße - Döblinger Friedhof - Linnéplatz - Billrothstraße, Gymnasiumstraße" betrieben. Einzelheiten können den in den Wagen angebrachten Anschlägen entnommen werden.

## Dachgleiche in Speising

=====

30. Oktober (RK) Heute nachmittag wurde auf der städtischen Baustelle Speisinger Straße - Fehlingergasse die Dachgleiche erreicht. Die Stadt Wien baut hier mehrere zwei- bis dreistöckige Wohnobjekte mit 75 Wohnungen und sechs Geschäftslokalen. In der neuen Wohnhausanlage wird auch eine Mutterberatungsstelle und eine Transformatorenstation untergebracht werden.

Im Monat Oktober wurde auf fünf großen und vier kleineren städtischen Baustellen die Dachgleiche erreicht. Es handelt sich um Wohnungsanlagen mit mehr als 900 Wohnungen verschiedener Typen und 18 Geschäftslokalen.

## Max Reinhardt zum Gedenken

=====

30. Oktober (RK) Auf den 31. Oktober fällt der 10. Todestag des genialen Reformators des Theaters Dr. h. c. Max Reinhardt, der durch sein richtunggebendes Wirken als Darsteller, Regisseur und Erzieher für die deutsche Schauspielkunst bleibende Bedeutung erlangt hat. In Baden bei Wien geboren, sollte er ursprünglich Kaufmann werden, bildete sich aber zum Schauspieler aus und trat in Wien, Preßburg und Salzburg auf. 1894 kam er an das "Deutsche Theater" in Berlin, wo er unter

Otto Brahm Väter- und ältere Charakterrollen spielte. Sein Wirken führte ihn in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den konservativ geführten kaiserlichen Berliner Bühnen und dem neuen naturalistischen Theater, über dessen enge Grenzen er aber bald hinauswuchs. Schon innerhalb des Brahm-schen Ensembles gründete er eine kleine sezessionistische Gruppe, die mit Scherzspielen anfang, aber rasch zu ernstesten Darbietungen überging und Ibsen, Gorki, Strindberg, Oscar Wilde und Wedekind aufführte. Außerdem übernahm er das "Neue Theater" und spielte dort vor allem moderne deutsche Autoren. 1903 verließ er das Deutsche Theater, doch schon 1905 kehrte er als dessen Leiter wieder zurück, kurz darauf gründete er die Kammerspiele. Während seiner fast 25jährigen Berliner Tätigkeit wies Max Reinhardt der modernen Bühnenkunst neue Wege und sein Ruf verbreitete sich über die ganze Welt. Sein Gestaltungsdrang sprengte den engen Rahmen der Bühne und suchte sich in großen Dimensionen auszuleben. Schon 1910 führte er in einem Wiener Zirkus Sophokles' "Ödipus" auf, dessen dramatischem Geschehen ein Heer von Statisten Bewegung verlieh. Dem Zirkus folgten öffentliche Plätze und historische Stätten. Berühmt wurden seine Shakespeare-Inszenierungen, in denen der echte Theatergeist seines großen Vorbilds und die ihm eigene barocke Freude an der Verwendung kolossaler Massen und gesteigerter Ausstattungseffekte zu wirkungsvoller Einheit verschmolzen. Nach dem ersten Weltkrieg verlegte Reinhardt einen Teil seiner Tätigkeit nach Österreich. 1920 erfolgte die Gründung der Salzburger Festspiele, in deren Rahmen bis 1937 großartige Aufführungen, wie "Jedermann", "Das große Welttheater", "Der eingebildete Kranke", "Das Apostelspiel", "Sommernachtstraum", "Kabale und Liebe" und als ein Höhepunkt seiner dortigen Inszenierungen "Faust" zustandekamen. 1929 inszenierte er im Arkadenhof des Wiener Rathauses Büchners "Dantons Tod". 1924 erwarb er das Theater in der Josefstadt, baute es in ein intimes Theater um und bildete aus den besten österreichischen Schauspielern ein Ensemble, das unter seiner Führung Meisterleistungen vollbrachte. Merkwürdigerweise blieb ihm im Film der Erfolg versagt. Aber auch als Theatermann erwachsen ihm Gegner. Karl Kraus lehnte ihn in Österreich ebenso ab, wie in Deutschland Alfred Kerr. Mit dem Macht-

30. Oktober 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1831

antritt des Nationalsozialismus wurde auch Reinhardt aus seinem Wirkungskreis gedrängt. Er legte die Direktion der Berliner Theater nieder, löste seine Beziehungen zu den deutschen Bühnen und beschränkte sich auf seine Arbeit in Österreich. 1938 ging er nach Amerika und brachte in New York einige Stücke heraus, konnte aber seine weiteren Pläne nicht mehr verwirklichen, da er an den Folgen eines Schlaganfalls kurz nach seinem 70. Geburtstag starb. Das Theater in der Josefstadt hat den großen Künstler vor fünf Jahren durch die Widmung seines an der Fassade des Theatergebäudes angebrachten Porträt-Reliefs geehrt.